

Sollten Dieselfahrzeuge wegen ihres Schadstoffgehaltes aus Innenstädten verbannt werden?



Henning Otte CDU

Ich bin klar gegen ein Dieselfahrverbot. Der Abgas-Skandal darf nicht auf dem Rücken der Autofahrer abgewickelt werden. Das gilt ebenso für einen möglichen Wertverlust der Dieselfahrzeuge. Moderne Technologien zur Reduzierung von Stickoxiden in Verbrennungsmotoren, aber auch Elektro- und vor allem Hybridmotoren müssen weiterentwickelt werden.

Fahrverbote sollten vermieden werden. Sie sind ungerecht und nur das letzte Mittel. Autofahrer dürfen nicht für die Fehler anderer bestraft werden. Bevor es also zu Fahrverboten kommt, müssen – auch mit Hilfe des Bundes – alle anderen Maßnahmen ausgeschöpft werden. Dazu gehören unter anderem die Förderung von Bussen und Taxis mit alternativen Antrieben und die geförderte Umrüstung (sogenannte Hardwarelösung) von Pkw und Bussen.



Kirsten Lühmann SPD

Nein, von einem Verbot wären rund 13 Millionen Dieselfahrzeugbesitzer betroffen. Das käme einer Enteignung gleich. Die Fahrzeuge wären auf einen Schlag wertlos und Besitzer ständen vor enormen finanziellen Problemen. Handwerker, könnten nicht zu Auftraggebern fahren und Familien ihre Kinder nicht mehr zur Kita oder zum Sportverein. Die verantwortlichen Autobauer müssen für ihre Manipulationen haften und auf ihre Kosten entsprechend nachrüsten.



Anja Schulz FDP

Die Luftschadstoffbelastung wird in größeren Städten deutlich überschritten, mit entsprechenden Folgen für Gesundheit und Umwelt. Wie „Dieselgate“ gezeigt hat, haben Hersteller Grenzwertüberschreitungen bewusst in Kauf genommen. Es ist für mich politisch am wichtigsten, die Autokonzerne endlich für notwendige Hardwareumrüstungen zur Schadstoffbegrenzung finanziell in die Pflicht zu nehmen. Fahrverbote können rechtlich notwendig werden, sind aber in meinen Augen keine wirkungsvolle Lösung. Ich will mich stattdessen dafür einsetzen, mit einem Mobilitätsgesamtpaket aus Bus, Bahn, Fahrrad und E-Mobilität die Luftschadstoffbelastung in Städten nachhaltig zu senken.



Heiko Wundram Grüne

Ja. Die Grenzwerte für Stickoxide werden schon mehr als sieben Jahre überschritten und das Software-Update ist nicht viel wert.



Paul Stern Linke

Wären die Dieselfahrzeuge innerhalb der Abgaswerte, welche die Hersteller angeben, würde es gar kein Problem geben, daher müssen alle entsprechenden Dieselfahrzeuge auf diese Abgaswerte durch Nachrüstungen auf Kosten der Hersteller gebracht werden, denn wenn diese nicht eingehalten werden, jedoch beim Verkauf des Fahrzeugs versprochen wurden, ist dies eindeutig ein Betrug des Kunden durch den Hersteller.



Philip Siebold Freie Wähler

Nein, natürlich nicht. Diese Debatte ist geradezu absurd. Sie hat mit den wirklichen Verhältnissen in den Städten nicht mehr viel zu tun. Die Luft in den Städten ist nach den Angaben des Umweltbundesamtes in den vergangenen 30 Jahren deutlich sauberer geworden. Seit 1990 Rückgang der Stickoxide um 40 %. Der eigentliche Hintergrund ist die Tatsache, dass die Agenda links-grüner Ideologie seit Jahrzehnten eine Bekämpfung des Individualverkehrs vorsieht. Grenzwertwillkür wird zum Instrument, um den Kampf gegen das Auto fortzusetzen.



Thomas Ehrhorn AfD

Sollte die Politik festlegen, wie viele Flüchtlinge Deutschland jährlich aufnimmt?

Die Integrationsfähigkeit stellt eine natürliche Grenze. Meiner Meinung helfen Obergrenzen bei der Orientierung. Ziel muss es sein, Überprüfungen und Registrierungen beispielsweise auf dem afrikanischen Kontinent durchzuführen, damit Menschen, die kein Aufenthaltsrecht bekommen würden auch erst gar nicht ihren Kontinent verlassen. Wir brauchen zukünftig einen geordneten Fachkräftezuwachs, aber keine weitere Zuwanderung in unsere sozialen Netze.

Die SPD steht für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Das Recht auf Asyl muss unangetastet bleiben. Für das Menschenrecht auf Asyl darf es keine fixe Obergrenze geben. Deutschlands Interesse liegt allerdings darin, eine Wiederholung der unkontrollierten Situation vom Herbst 2015 zu verhindern. Deshalb muss durch einen EU-Solidaritätspakt geregelt werden, dass Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, finanzielle Unterstützung erhalten. Länder, die Solidarität verweigern, müssen finanzielle Nachteile in Kauf nehmen. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für eine humanitäre Asylpolitik, die nicht wenige Länder alleine tragen können.

Nein, es darf keine Obergrenze für Menschen geben, die bei uns, für die Dauer eines Konfliktes in ihrem Heimatland, humanitären Schutz suchen. Ebenso wenig für individuell politisch Verfolgte, die Asyl beantragen. Hier gilt das Grundgesetz. Es ist unsere humanitäre Pflicht, Menschen in diesen Situationen zu helfen. Wir halten die Dublin-II-Vereinbarungen allerdings für ungerecht und fordern einen fairen Verteilungsschlüssel für Schutzsuchende innerhalb der EU.

Nein. Anstelle rechten Populisten nachzulaufen und eine Obergrenze für die Aufnahme von Geflüchteten zu fordern, müssen wir die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen, unter anderem durch eine Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit und die Finanzierung von Klimawandelanpassungsmaßnahmen. Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan lehne ich ab, ebenso die Aufweichung des Grundrechts auf Asyl durch die Ausweisung von sogenannten sicheren Herkunftsstaaten. Waffenexporte in Krisengebiete müssen eingestellt werden. Ich will mich dafür einsetzen, dass Asylverfahren deutlich beschleunigt und so bessere Integrationsperspektiven für Menschen geschaffen werden.

Nein. Akut auftretende humanitäre Notlagen lassen kein Zahlenkorsett zu.

Auf keinen Fall, es gibt keine Möglichkeit, Asylsuchende mit einer Quote zu versehen, ohne Menschenrechte zu verletzen. Viel wichtiger ist es, die Gründe, aus denen Menschen überhaupt fliehen müssen, zu bekämpfen. Denn wenn man bedenkt, dass Schleuser gut und gerne mehrere 10.000 Euro verlangen, um Menschen auf gefährlichen Routen nach Europa zu bringen, wird eines klar: Asylsuchende kommen nicht des Geldes wegen zu uns, denn das müssen sie vorher bereits besessen haben, um zu uns kommen zu können. Nein, sie kommen aus purer Verzweiflung zu uns, in ein Land, dessen Sprache sie nicht beherrschen, dessen Kultur sie nicht kennen, in die Fremde; um zu überleben. Denn in ihrer Heimat wartet nichts auf sie, nur Verfolgung, sei es durch Diktatoren, religiöse Fanatiker oder dogmatische Ideologen oder aber die Hoffnungslosigkeit, in einem gescheiterten Staat ohne Infrastruktur und Bildungschancen zu verhungern.

Selbstverständlich. Schon allein deshalb, weil eine unbegrenzte Zahl von Migranten, die durch mangelnde Qualifikation nicht selbst für ihren Unterhalt sorgen können, unweigerlich unsere Sozialsysteme sprengen wird. Auch müssen wir endlich einmal damit aufhören, undifferenziert Asyl, echte Kriegsflüchtlinge und Wirtschaftsmigration in einen Topf zu werfen und alle Gruppen pauschal als Schutzsuchende zu bezeichnen. Bereits 2013 lebten in Deutschland nach Angaben des BMI 600.000 ausreisepflichtige Personen, ohne jedes Bleiberecht. Wenn diese endlich konsequent ausgewiesen würden, könnte man sich über ein Kontingent echter Flüchtlinge unterhalten.

Sollten die Sicherheitskräfte mehr Befugnisse zur Terrorabwehr bekommen, auch wenn dadurch Freiheitsrechte eingeschränkt werden?

Freiheit gibt es nur in Sicherheit und Sicherheit nur in Freiheit. Unsere Sicherheitskräfte von der Polizei, den Nachrichtendiensten und der Bundeswehr haben mein volles Vertrauen. Sie müssen mit modernster Technologie ausgestattet sein, um Terrorkräften überlegen zu sein. Ich halte es für unverzichtbar, bei entsprechenden Terrorlagen und Bedarf unter der Leitung der Polizei personelle und materielle Fähigkeiten der Bundeswehr auch im Inland einzusetzen. Zudem müssen wir mit einer eigenen Cyber-Technologie empfindliche Einrichtungen in Deutschland schützen und Angriffe abfangen können.

Es hat in der Vergangenheit durchaus Fehler in der Terrorabwehr gegeben. Der Fall Amri ist dafür leider das beste Beispiel. Allerdings dürfen auch nicht die vielen Fälle übersehen werden, bei denen Anschläge durch die gute Arbeit der Sicherheitskräfte rechtzeitig verhindert werden konnten. Dennoch, es gibt klaren Verbesserungsbedarf. Dieser besteht aber nicht in der Ausweitung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden. Vielmehr muss der bestehende Rechtsrahmen besser ausgeschöpft werden. Auch müssen die Sicherheitsbehörden personell und finanziell für ihre Aufgabe besser ausgestattet werden.

Nein, statt neuer Gesetze fordern wir eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Polizei und Konzentration auf die Kernaufgaben, wie die Strafverfolgung. Wir fordern die lückenlose Überwachung der sogenannten Gefährder und keine Überwachung nach dem „Gießkannenprinzip“. Wir brauchen keine neuen Datensammlungen, sondern bessere Vernetzungen der Behörden untereinander und mehr EU-Kooperationen bei der Verfolgung von Terroristen.

Nein. In den vergangenen fünfzehn Jahren sind die Maßnahmenkataloge der Sicherheitsbehörden deutlich ausgebaut worden, ohne dass eine konsequente Verhältnismäßigkeitsprüfung durchgeführt worden wäre. Terrororganisationen wie der NSU konnten trotz immer größerer Befugnisse unbehelligt agieren. Statt Sicherheitsgesetze mit fragwürdigem Sinn und im Hauruckverfahren zu erlassen, müssen vielmehr die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten gegen Terroristen konsequent angewendet werden. Um dies zu ermöglichen, will ich sowohl die Personalausstattung der Polizei stärken als auch die operative Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden bei der Terrorabwehr in Europa ausbauen.

Nein. Es sind genug Instrumente vorhanden. Wichtig ist, Terrorursachen zu bekämpfen. Eine basisdemokratische Gesellschaft mit noch auszubauenden Freiheitsrechten ist eine solide Basis gegen dschihadistische und neofaschistische Terroristen.

Niemals dürfen Freiheitsrechte früher oder stärker ausgehebelt werden, als dies bereits möglich ist, jedoch müssen die Sicherheitskräfte mehr personelle Unterstützung erhalten. Das größte Problem in der aktuellen Verbrechensbekämpfung sehe ich gerade hier in Niedersachsen darin, dass die Polizei durch ihre massive Unterbesetzung keine Möglichkeit hat, kleineren Straftaten wie Diebstählen nachzugehen, und dennoch haben Polizisten eine Rekordmenge an Überstunden angesammelt. Wir „Freien Wähler“ sind deshalb für die Wiedereinführung des mittleren Polizeidienstes.

Das Grundrecht mit der höchsten Priorität ist sicherlich das Recht der Bürger auf körperliche Unversehrtheit. Dass unser Staat nicht mehr in der Lage ist, dieses Grundrecht zu garantieren, ohne unsere Freiheit einzuschränken, ist gleichermaßen ein Armutszeugnis wie die Folge der verantwortungslosen Politik der offenen Grenzen. Wir haben uns zu einem Land entwickelt, in dem auch Terroristen gut und gerne leben. Solange wir dies nicht ändern wollen, werden wir Einschränkungen unserer Lebensqualität hinnehmen müssen.

Die Menschen werden immer älter – sollten sie auch länger arbeiten?

Ich bin gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters. Die Rente ist bis 2030 gut strukturiert. Jedoch begrüße ich, wenn eine Weiterbeschäftigung auch in Teilzeit individuell und flexibel mit einer sogenannten Flex-Rente gestaltet werden kann. In der kommenden Wahlperiode werden wir eine Rentenkommission einsetzen, in der die Sozialpartner einen generationengerechten Vorschlag für eine stabile Rente für die Zeit nach 2030 machen sollen.

Diese Forderung wird häufig aufgestellt, geht aber am Problem vorbei. Ein höheres Renteneintrittsalter wäre faktisch eine Rentenkürzung, da viele ältere Menschen bestimmte Arbeiten – zum Beispiel in handwerklichen Berufen – nicht mehr ausführen können. Diese Arbeitnehmenden würden dann in die Frührente gedrängt. Das Rentenkonzept der SPD bietet verschiedene Ansätze für zukünftige auskömmliche Renten.

Nein, eine allgemeine Anhebung des Renteneintrittsalters lehne ich ab. Es muss die persönliche Situation jedes Einzelnen berücksichtigt werden. Der ausgeübte Beruf und der Gesundheitszustand spielen hier eine entscheidende Rolle. Wir wollen daher ein flexibles Renteneintrittsalter ab 60 Jahren sowie den Wegfall aller Hinzuverdienstgrenzen. Wir wollen eine Rente nach dem Baukastenprinzip bestehend aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge.

Nein. Um dem demografischen Wandel wirksam zu begegnen, müssen stattdessen weitere Gruppen wie Selbstständige und Bundestagsabgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen und diese langfristig zu einer Versicherung für alle umgebaut werden. Ich unterstütze eine Garantierente und eine Stabilisierung des Rentenniveaus zur wirksamen Bekämpfung von Altersarmut. Maßnahmen zum Abbau des Gender-Pay-Gaps und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind für mich weitere arbeitsmarktpolitische Bausteine, mit denen Frauen stärker eigenständige Rentenansprüche aufbauen können. Betriebs- und Riesterrente müssen vor allem für geringverdienende stärker gefördert werden.

Nein. Die Lebensarbeitszeit ist schon jetzt zu lang. Kürzere Lebensarbeitszeiten mit reduzierten Wochenarbeitsstunden würden auch mehr Arbeitsplätze schaffen.

Die bisherigen Fortschritte der Medizin haben zwar die Lebenserwartung deutlich erhöht, allerdings bleibt zu bedenken, dass gerade in körperlich belastenden Berufsfeldern bereits ein Rentenalter von 67 für viele Arbeitnehmer illusorisch ist. Außerdem hat meiner Meinung nach ein Mensch, der sein Leben lang gearbeitet hat, auch das Recht auf Ruhestand und nicht die Pflicht, bis er umfällt zu arbeiten.

Arbeit im fortgeschrittenen Alter kann nur freiwillig sein. Für viele Berufsgruppen ist dies schon aus gesundheitlichen Gründen undenkbar. Wird die Arbeit im hohen Alter durch Armut erzwungen, ist dies eine Bankrotterklärung des Staates. Deshalb ist die Arranganz der Macht nicht zu überbieten, die nötig ist, mit Staatsgeldern die Welt zu retten, von Griechenland bis Nigeria, um anschließend die eigenen Rentner in die Armut zu schicken. Die Altersbezüge von Maas und Merkel sind sicher, die eines Dachdeckers oder einer Friseurin nicht.

Was muss getan werden, um dem Fachkräftemangel im Pflegebereich zu begegnen?

Wir haben in der Pflege wichtige Weichen gestellt, die sowohl den zu pflegenden Personen helfen als auch die Beschäftigten in den Pflegeberufen stärken sollen. Mit den drei Pflegestärkungsgesetzen und dem Pflegeberufsgesetz haben wir die Pflege neu ausgerichtet – durch eine Ausweitung der Leistungen, zusätzliches Geld für Pflegeplätze, Ausstattung und Personal. Wir haben die Pflegeausbildung moderner und flexibler gestaltet. Neben der neuen allgemeinen Pflegeausbildung bleiben die Spezialisierungen zur Alten- und Kinderkrankenpflege erhalten. Auszubildende können selbst entscheiden, ob sie sich weiterhin spezialisieren wollen. Ich freue mich sehr darüber, dass das Schulgeld abgeschafft wird. Dies war zu Recht immer eine Forderung der Schulklassen aus der BBS III Celle, die an mich gerichtet wurde. Wo Pflegekräfte fehlen, darf und muss man über die qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland nachdenken. Ich stimme der Kanzlerin zu: Die Entlohnung in den Pflegeberufen entspricht nicht den hohen Belastungen dieses Berufes. Die im Sommer vom Bundeskabinett beschlossene Erhöhung des Mindestlohns für Pflegekräfte kann hier nur der Anfang sein. Hier werden wir weiter für Verbesserungen sorgen.

Glücklicherweise werden wir alle älter. Das bedeutet jedoch auch, dass immer mehr Pflegekräfte benötigt werden. Gute Arbeit kann nur mit ausreichend Personal geleistet werden, das zudem besser bezahlt werden muss als bislang. Durch ein Sofortprogramm in der Pflege werden wir möglichst schnell Abhilfe schaffen. Erste Verbesserungen werden sich bereits durch das Pflegeberufereformgesetz ergeben, das der Bundestag Ende Juni verabschiedet hat. Von Auszubildenden wird nun kein Schulgeld mehr verlangt und sie haben Anspruch auf eine angemessene Vergütung. Persönlich halte ich es zudem für wichtig, dass wir es berufstätigen Menschen erleichtern, sich um pflegebedürftige Angehörige selbst zu kümmern. Deshalb setze ich mich zusammen mit meiner Partei für eine Familienarbeitszeit für Pflegenden ein. Diese beinhaltet eine Freistellung von der Arbeit mit einer Lohnersatzleistung in Höhe und Umfang des Elterngeldes. Pflegenden Angehörige können ihre Arbeitszeit für bis zu drei Monate ganz oder zum Teil reduzieren. Bei längeren Pflegezeiten soll es ein Familiengeld für Pflege geben.

Wir Freie Demokraten fordern mehr gesellschaftliche Wertschätzung professioneller Pflege. Pflegenden tragen große Verantwortung, das muss sich in ihrer Vergütung widerspiegeln. Außerdem möchten wir eine integrative Ausbildung aller Pflegeberufe, das heißt das erste Ausbildungsjahr ist für alle gleich, anschließend folgen Spezialisierungsjahre. Wir wollen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern. Bürokratie und Dokumentationspflichten sollen reduziert werden durch die verstärkte Nutzung von IT-Systemen. So bleibt mehr Zeit für die wirkliche Pflege. Außerdem müssen die Personalschlüssel verbessert werden.

Der Fachkräftemangel im Pflegebereich belastet die dort arbeitenden Menschen weit über ihre Grenzen hinaus und führt schlussendlich auch zu einer kritischen Unterversorgung von kranken und alten Menschen. Ich will mich dafür einsetzen, dass Pflegegätigkeit endlich fair vergütet wird in einem neuen Tarifvertrag Soziales. Um der Unterversorgung zu begegnen, muss der Pflegeberuf auch insgesamt attraktiver werden. Hierzu gehört für mich ein Sofortprogramm für eine bessere Personalausstattung, die sich endlich an wissenschaftlichen Kriterien zum Bedarf orientiert, sowie ein deutlich stärkeres Mitspracherecht von Pflegenden in den Verwaltungsgremien von Krankenhäusern und Heimen.

Sofortige und nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern durch die Schaffung von 160.000 Stellen bundesweit. Kampf für eine Mindestpersonalbemessung per Tarifvertrag. Dadurch kann der Druck für eine einheitliche gesetzliche Regelung gesteigert werden. Wettbewerbs- und Profitprinzip haben in Krankenhäusern und im Gesundheitswesen nichts zu suchen. Weg mit den Fallpauschalen. Keine Privatisierung, Rekommunalisierung privatisierter Häuser und Wiedereingliederung ausgegliederter Betriebsteile. Überführung privater Klinik- und Pharmakonzerne in öffentliches Eigentum.

Um dem Fachkräftemangel im Pflegebereich zu begegnen, ist die Professionalisierung der Pflegekräfte unumgänglich. Eine entscheidende Maßnahme ist die schon beschlossene Generalistik in der Ausbildung. Diese muss nun zügig umgesetzt werden, damit besonders Altenpflegekräfte mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet werden, um den massiv gestiegenen Anforderungen zu begegnen. Die qualifizierte Weiterbildung sowie der Ausbau von Pflegestudiengängen tragen zur Professionalisierung bei. Die schon beschlossene Gründung einer Pflegekammer ist ein weiterer Aspekt. Sie sorgt für verlässliche Standards und vertritt die Pflegenden in der Öffentlichkeit und vor dem Gesetzgeber. Sie sichern damit auch das Selbstverständnis des Pflegeberufs als wertvoller und kompetenter Teil unseres medizinischen Versorgungswesens. Um den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten, ist es außerdem notwendig, die Personalschlüssel so zu gestalten, dass sie sich an den Pflegebedarfen orientieren und die einzelnen Pflegenden entlastet werden. Darüber hinaus ist eine bessere Entlohnung der Arbeitnehmer in diesem Sektor notwendig. Durch einen einheitlichen und verpflichtenden Tarifvertrag würde dies erreicht. Die Politik in Niedersachsen muss den politischen Willen zeigen, dies zu erreichen, und die Gewerkschaften beziehungsweise die Arbeitnehmer in dieser Sache unterstützen.

Fast eine Million Menschen in unserem Land müssen leider zu den Langzeitarbeitslosen gerechnet werden. Diesen Menschen müssen wir die Chance geben, wieder in das Arbeitsleben integriert zu werden, was auch ein großer Gewinn für die Gesellschaft wäre. Nach dem Prinzip: Fördern und Fordern, brauchen wir geeignete Anreize, sich diesem Berufsfeld zuzuwenden. Dazu gehört aber auch, dass Pflegeberufe attraktiver werden müssen. Die Wertschätzung, die unsere Gesellschaft für diese wichtige Aufgabe übrighat, muss sich künftig auch in einer angemessenen Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen ausdrücken.